

Schwerpunkt «HalbeHalbe» vor herausfordernder Kampagne

Rampone-Wanger: «Eine verpflichtende Quote ist keine Lösung für Liechtenstein»

Interview Kaum stand fest, dass die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» vors Volk kommt, erreichte die Coronapandemie auch Liechtenstein. Die Abstimmung wurde auf den 30. August verschoben. Jnes Rampone-Wanger und Roland Marxer vom Initiativkomitee erzählen, wie sie jetzt weitermachen wollen.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Ausgerechnet in der entscheidenden Phase wenige Wochen vor der Abstimmung kam die Coronapandemie in Liechtenstein an und das öffentliche Leben verstummte. Wie ging es Ihnen dabei?
Roland Marxer: Wir sitzen im selben Boot wie viele andere auch. Aber ist es schade, dass unser Anliegen während der Coronapandemie untergegangen ist. Davor hatten wir durch die Behandlung im Landtag und die Berichterstattung bereits eine gewisse Aufmerksamkeit für das Thema erlangt.

Haben Sie damit gerechnet, dass der Abstimmungstermin am 7. Juni verschoben wird?

Roland Marxer: Der ursprüngliche Termin ist durch die Pandemie auch aus unserer Sicht illusorisch geworden. Die Regierung hat uns gefragt, ob wir bereit wären, die Abstimmung zu verschieben. Den Termin selbst hat die Regierung festgelegt, wir akzeptieren das. Aus damaliger Sicht war nicht einmal ersichtlich, wann es überhaupt einen vernünftigen Termin für eine Abstimmung gibt, ohne die Gesundheit der Bevölkerung zu gefährden.

Mit dem gewählten Datum, dem 30. August, sind Sie aber nicht besonders glücklich, wie man in einem Schreiben lesen konnte.

Roland Marxer: Es ist etwas unglücklich, dass die Abstimmung gleich nach den Ferien stattfindet. Man kann sich aber auch fragen, was ein späterer Termin bringen würde. Die Einstellung der Bevölkerung würde sich dadurch vermutlich nicht ändern, der Grossteil hat seine Meinung vermutlich schon gemacht.
Jnes Rampone-Wanger: Es ist ja kein kompliziertes Thema wie etwa Raumpflanzung. Unser Anliegen ist leicht verständlich und klar formuliert. Uns wäre es zunächst lieber gewesen, der Abstimmungstermin wäre Mitte September. Aber es ist, wie es ist. Viele werden heuer im Sommer wohl auch eher im Land bleiben.

In einer Woche sind zwar Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen wieder möglich, allerdings unter besonderen Schutzmassnahmen. Ihre Kampagne wird vermutlich anders aussehen als gewohnt. Wie gehen Sie vor?

Jnes Rampone-Wanger: Unser Konzept, das wir vor Corona ausgearbeitet haben, sah auch viele persönliche Kontakte vor. Aufgrund der Distanzregeln war dies während der vergangenen Wochen natürlich nicht möglich. Die Menschen hatten zudem auch ganz andere Sor-

Über die Initiative

Die Initianten wollen Chancengleichheit für Frauen und Männer, die ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in politischen Gremien soll gefördert werden. Das Komitee hält die Wahl der Mittel bewusst offen. Konkret soll die Verfassung ergänzt werden. In Artikel 31, Absatz 2 heisst es: Mann und Frau sind gleichberechtigt. «Die Forderung nach Gleichstellung allein war für die Politik bisher etwas, was man nicht aktiv als Ziel verfolgen musste», so das Initiativkomitee. Deshalb soll dem Artikel beigefügt werden: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert.» Das Volk stimmt darüber am 30. August ab.

gen. Wir mussten also umstellen, obwohl wir schon viel Zeit und Geld in unser Konzept investiert haben. Wir haben andere Kanäle gesucht, vor allem natürlich Social Media, Plakate und Inserate. So sind allerdings keine langen und tiefgründigen Diskussionen möglich. Wie werden aber mit Videodiskussionen Standpunkte und Informationen aufbereiten. Grössere öffentliche Veranstaltungen werden wir allerdings auch nach den neuesten Lockerungsmassnahmen nicht organisieren.

Roland Marxer: Wir müssen nun eben andere Möglichkeiten nutzen und noch intensiver über soziale Medien arbeiten. Schlussendlich gibt es ja auch noch die Abstimmungsbroschüre, die an alle Stimmberechtigten geht. Dann haben wir noch mal die Möglichkeit, unsere Positionen kundzutun. Ich denke, dass das Thema spätestens dann auch noch mal in den Medien aufgenommen wird und beide Seiten die Gelegenheit haben, ihre Argumente vorzubringen. Unserer Ansicht nach ging die Diskussion im Landtag nämlich in eine völlig falsche Richtung. Wir wollen gewisse Unterstellungen richtigstellen.

Welche Unterstellungen wären das?
Roland Marxer: Dass unsere Initiative eine versteckte Einführung der Quote sein soll. Wenn man unsere Unterlagen liest, kann man das einfach nicht daraus schliessen.

Jnes Rampone-Wanger: Im Gegenteil. Ich habe mich schon geärgert. Eigentlich unterstellt man uns, dass wir lügen.

Roland Marxer: Ausserdem wurde behauptet, dass dieser Verfassungszusatz

am falschen Ort der Verfassung platziert wäre oder dazu führen würde, dass der Staatsgerichtshof entscheiden könnte, dass es eine Quote braucht. Das ist in unseren Augen ein seltsames Argument. Wir haben uns von Experten beraten lassen und finden den Verfassungszusatz am richtigen Ort platziert.

Eventuell kam dieses Missverständnis aber auch auf, weil die Initiative «HalbeHalbe» aus der Arbeit von Hoi Quote entstand.

Roland Marxer: Ich bin kein Mitglied von Hoi Quote. Zum Komitee kam ich, weil mich das Thema interessierte.

Jnes Rampone-Wanger: Ich habe mich als Mitglied von Hoi Quote sehr intensiv damit auseinandergesetzt und mich deshalb auch für das Initiativkomitee «HalbeHalbe» zur Verfügung gestellt. Wenn das Ziel die Einführung einer Quote wäre, hätte ich das nicht gemacht. Denn meine persönliche Erkenntnis aus zwei Jahren Vorstandsarbeit bei Hoi Quote ist: Eine verpflichtende Quote ist keine Lösung für Liechtenstein. Aber es gibt mögliche Lösungen, wie eben diese Initiative: Verpflichtend zu sagen, wir müssen jetzt daran arbeiten und es muss etwas passieren.

Mit welchen Massnahmen könnte man den Frauenanteil denn erhöhen?

Jnes Rampone-Wanger: Wir wollen mit unserem Vorschlag das Parlament bewusst nicht bevormunden. Aber eine mögliche Massnahme wäre beispielsweise ein Kinderhort, der während der Landtagssitzungen zur Verfügung steht. Es gibt verschiedene Listenlösungen, mit denen man sich auseinandersetzen könnte und uns an Massnahmen orientieren, die unsere Nachbarländer eingeführt haben.

Roland Marxer: Der Verfassungszusatz könnte auch dazu führen, dass ein Umdenken auch bei den Arbeitgebern stattfindet. Ganz ohne dass es dafür ein Gesetz braucht. Die bisherige Diskussion fokussiert sich stark auf den Frauenanteil. Unser Vorschlag umfasst aber die «ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern». Auch Männer sind in gewissen Bereichen benachteiligt, etwa beim Sorgerecht für Kinder.

Jnes Rampone-Wanger: Zudem haben Männer es oftmals schwerer, ein Teilzeitpensum durchzusetzen. Unser Vorschlag würde also beispielsweise auch berufstätigen Vätern zugutekommen, die Betonung liegt ja auf «Frauen und Männer».

Roland Marxer: Es passiert ja in Sachen Gleichstellung auch schon einiges, das begrüssen wir. Wir wissen, dass es nicht einfach ist. Die Parteien beispielsweise suchen bei der Rekrutierung gezielt Frauen, obwohl sie schon Mühe haben, Männer zu finden. Viele Frauen wären zwar politisch interessiert, haben aber wegen der Familie keine Zeit für ein

politisches Amt. Man müsste diesen Frauen eine Lebenssituation ermöglichen, in der sie sich auch politisch betätigen können. Andere Frauen denken, sie können das nicht. Es gibt verschiedene Gründe. Aber für vieles kann man Lösungen anbieten. Der vom Land angebotene politische Lehrgang für Frauen - der von privater Seite aus auch für Männer und Frauen angeboten wird - ist ein gutes Beispiel. Es gibt keine kurzfristigen Lösungen, aber mittel- und langfristige Massnahmen für mehr Gleichberechtigung.

Aber wenn es diese Bemühungen seitens der Politik bereits gibt, braucht es dann diesen Zusatz?

Roland Marxer: In der Verfassung steht bereits, dass Frauen und Männer gleichgestellt sind. Manche finden daher, es braucht unseren Zusatz nicht. Aber die Realität ist eben eine andere. Unsere Ergänzung soll festhalten, dass diese Gleichstellung im Sinne der Chancengleichheit gefördert wird. Welche Massnahmen wann getroffen werden, wollen wir offenhalten. Wenn die Initiative angenommen wird, dann passiert ja über Nacht mal gar nichts. Die Welt wird ja deshalb nicht gleich auf den Kopf gestellt. Selbst wenn aus dieser Ergänzung je ein Gesetz hervorgeht, entscheidet der Landtag darüber. Ausserdem unterliegt jedes Gesetz dem Referendum. Es kann also niemand etwas durchdrücken, dem nicht zumindest die Mehrheit der Bevölkerung zustimmt. Es kann uns also auch niemand vorwerfen, das sei ein antidemokratischer Vorgang.
Jnes Rampone-Wanger: Das sind die gleichen Ängste wie schon damals bei der Einführung des Frauenstimmrechts oder der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Roland Marxer: Es gibt keinen zeitlichen Druck. Wir wollen das Thema einfach in die Verfassung aufnehmen haben - neben dem Satz, dass Frauen und Männern gleichgestellt sind. Daraus sollen sich dann Massnahmen ableiten. Welche das sind, darüber kann man gerne diskutieren.

Man könnte es aber auch umgekehrt sehen: Wenn sich über Nacht nichts durch den Verfassungszusatz ändert, was ändert sich dadurch überhaupt? Schon jetzt hat sich der Frauenanteil in den Kommissionen von 22 Prozent im Jahr 2012 auf 31 Prozent erhöht, bei den Gemeinderatswahlen haben die Stimmbürger gezeigt, dass sie bewusster Frauen wählen. Geht es nicht auch ohne?
Roland Marxer: Das ist toll. Im Moment entwickelt es sich auf der Gemeindeebene gut. Aber es gibt keine Garantie, dass das anhält oder

dass dies auch auf Landesebene und in den Kommissionen passiert.

Jnes Rampone-Wanger: Die Gemeinderatswahlen sind aus Sicht der Gleichberechtigung von Männern und Frauen sehr gut ausgefallen. Dahinter steht aber ein gewaltiger Einsatz von vielen Frauenorganisationen. Die arbeiten fast alle ehrenamtlich. Es ist wichtig, dass man die Förderung der

«Es ist wichtig, die Förderung der Gleichstellung in der Verfassung festzuhalten - damit die Politik das nicht einfach «outsourct»»

JNES RAMPONE-WANGER
INITIATIVKOMITEE «HALBEHALBE»

Gleichstellung in der Verfassung festhält - damit die Politik das nicht einfach «outsourct» und die Arbeit freiwilligen Frauen und Männern überlässt. Das soll ein Auftrag der Politik sein und nicht nur politisches Engagement von Menschen, die etwas verändern wollen.

Wie rechnen Sie sich Ihre Chancen bei der Abstimmung aus?

Jnes Rampone-Wanger: Ich hoffe einfach, dass es im Land genügend Menschen gibt, die sich uns anschliessen und sagen, es ist Zeit, dass wir in Sachen gleichwertige Partnerschaft von Männern und Frauen wieder einen Schritt vorwärtskommen. Das würde einem modernen Liechtenstein gut anstehen.

Roland Marxer: Es ist schwierig, eine Prognose zu treffen. Wir kennen die Stimmung nicht im Detail. Es stehen immer die im Vordergrund, die sich laut äussern. Was die stillschweigende Mehrheit denkt, weiss ich nicht. Aber schon zu Beginn haben wir gesagt, wir erwarten uns zumindest eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema. Die fand bis zu einem gewissen Grad statt, wurde durch die Coronapandemie aber unterbrochen. Ich hoffe, dass nun noch mal eine faire Diskussion geführt wird, an der sich möglichst viele beteiligen. Nicht gut wäre ein deutliches Nein. Dann wird es in den nächsten Jahren schwierig, ähnliche Themen nochmals aufzubringen.

Blieben Sie auch bei einem Nein an der Sache dran?

Roland Marxer: Das wird man sehen. Einzelne wären dann vielleicht schon so enttäuscht, dass sie nicht mehr wollen. Aber das Thema bleibt ja trotzdem auf dem Tisch.

Jnes Rampone-Wanger: Ich denke auch nicht, dass ein Nein auch das Aus für unsere Anliegen wäre. Es wird bei uns hoffentlich immer Männer und Frauen geben, die sich für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft einsetzen.

«Die bisherige Diskussion fokussiert sich stark auf den Frauenanteil. Unser Vorschlag umfasst aber die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern.»

ROLAND MARXER
INITIATIVKOMITEE «HALBEHALBE»



Die Journalistin Jnes Rampone-Wanger und Pensionist Roland Marxer, früher Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten (AAA), sind zwei Mitglieder des parteiübergreifenden Initiativkomitees «HalbeHalbe».

(Fotos: Paul Trummer)